

## Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Zwanzehnte Sitzung vom 3. Dezember.  
(Schluß.)

Abg. Solger verteidigt seinen Antrag. Derselbe wurde bereits im vorigen Jahre gestellt. Das Verlangen nach einer Reform der inneren Verwaltung ist laut geworden von allen Seiten des Hauses nicht allein, wir haben vielmehr vom Ministerische gehört, daß dieses Verlangen anerkannt werde. Der Wunsch nach Dezentralisation beherrscht im Augenblicke Alles und dieser Wunsch ist hervorgegangen aus der ganzen geschichtlichen Entwicklung der Gegenwart. Es ist Sache der Staatsregierung, den Strom in ein Bett zu leiten, wo er wohlthätig wirken kann, weil er entseßlich schädlich wirkt. Das ganze Leben eines Volkes wurzelt in der Gemeinde. Die Ereignisse von 1866 haben den Blick des ganzen Volkes nach Richtungen hingeleitet, von welchen er sich nicht mehr ablenken läßt. Nach einer Richtung hin haben wir von dem Ministerische bereits sehr befriedigende Aeußerungen gehört. Wie auf dem Gebiete des Rechts, so ist es auch an der Zeit, Reformen in der inneren Verwaltung vorzunehmen. Diese Reformen werden zwar eine große Arbeitskraft für die Regierung herbeiführen, allein die durchgeführten Reformen werden die Regierung wieder erheblich entlasten. (Bravo!)

Abg. v. Dieß: Ich gehe von der Voraussetzung aus, daß es der Regierung mit den Reformen Ernst ist und deshalb halte ich die größte Offenheit für eine Pflicht der Abgeordneten. Ich glaube, ich werde damit keinen Anstoß bei meinen politischen Freunden erregen, denn konservativ sein, heißt nicht stillstehen. Die Kreis-Ordnung kann nur fruchtbringend sein, wenn ein fester Plan für die Reform vorliegt und dies, glaube ich, ist leider nicht der Fall. (Sehr richtig!) So lange wir Regierungen in der jetzigen Form haben, werden wir darauf verzichten müssen, eine lebensfähige Kreisordnung zu erhalten. Die Regierungsräthe kennen das praktische Leben oft gar nicht (Sehr richtig!) und der Schwerpunkt der Verwaltung liegt meist in der Hand der Subalternbeamten. (Sehr richtig!) Um die größten Kleinigkeiten werden oft viele Schreibereien gemacht und das Schlimmste ist, daß bei den Regierungs-Kollegien eigentlich Niemand verantwortlich ist. Einer deckt den Andern und das Kollegium deckt Alle. Die notwendigen Aenderungen anzugeben, ist mit wenigen Worten nicht möglich. Der Redner erörtert darauf speziell die Verhältnisse, wie sie nach seiner Ansicht zu reformieren wären; er wünscht, daß den Regierungs-Kollegien eine große Menge von Dingen abgenommen und den Lokalbehörden übertragen würde, daß die Regierungs-Kollegien gewissermaßen nur die Refers-Inflanz bilden, die in dem Ober-Präsidenten endige. Dadurch würde viel Zeit und Geld erspart. Will die Regierung die Reformen ernstlich, so gehört ein rückhaltloses Eingreifen dazu, weil die wohlgeschlossene Phalanx der Bureautratie so stark ist, daß es kaum möglich ist, sie zu durchbrechen. Aber gehen wir einmal daran, lassen Sie uns unsere Aufgabe in dieser Weise auffassen zum Heile unseres Vaterlandes. (Bravo!)

Abg. v. Kardorff behauptet zunächst, daß in der Provinz Hannover eine organische Verbindung zwischen den Behörden der Selbstverwaltung und der Regierungsverwaltung fehle. Man kann und darf nicht einseitig organisieren; man kann eine Kreis-Organisation nicht vornehmen, ohne eine ganz bestimmte Vorstellung von der Organisation der Regierungsbehörden zu haben. Der Antrag Solger will einen solchen festen Plan hervorheben. Es fragt sich jetzt, soll unser parlamentarisches Leben eine Lüge sein, oder ein Wahrheitszeichen? (Hört, hört!) Wie bei der Justiz, so muß auch die Verwaltung dazu übergehen, uns eine Reorganisation zu geben, welche einen großartigen nationalen Charakter an sich trägt.

Minister des Innern Graf Eulenburg: Von dem Standpunkte der Regierung aus muß ich dem Antrage des Abg. Solger widersprechen, weil er in seinem ersten Theile etwas ausdrückt, womit die Staatsregierung einverstanden ist und weil er in seinem zweiten Theile etwas verlangt, was die Regierung unmöglich gewähren kann. Das Drängen nach sofortiger Reorganisation kann nur dann gerechtfertigt erscheinen, wenn die bisherige Organisation so unbrauchbar wäre, daß sie keinen Tag länger beibehalten werden könnte; oder wenn die neue Organisation vollständig vorbereitet wäre. Der Ruf nach Selbstverwaltung ist ganz allgemein, aber meiner Ansicht nach ein bischen wißig, weil man auf die Frage danach tausend verschiedene Antworten erhält. Dann wird man einverstanden sein, daß man unter Selbstverwaltung doch nicht verstehen kann, daß nach und nach die ganze Staatsverwaltung in die Hände von Korporationen gelegt wird. Der Staat kann nur nach und nach diejenigen Branchen der Verwaltung, deren er nicht bedarf, in die Hände kommunaler Verbindungen legen; eine gleichzeitige staatliche und kommunale Verwaltung ist verderblich. Verstehen Sie unter

Selbstverwaltung das, was ich so eben angeführt habe, so ist die Regierung nicht nur mit dem Gedanken einverstanden, sondern sie hat bereits einen Schritt zur That an den Tag gelegt. Es ist der Provinz Hannover ein Regulativ vorgelegt, welches darauf abzielt, die Selbstverwaltung herzustellen. Die ganze Idee ist vielfach besprochen, aber vielfach falsch aufgefaßt. Das Provinzialgesetz von Hannover enthielt bereits Bestimmungen, welche der Provinzialvertretung das Recht der Selbstverwaltung über die Sessoren hinaus gaben. Die Grundzüge des Regulativs haben in Hannover Anklang gefunden, sind durchberathen und haben die staatliche Genehmigung erhalten. Ich glaube, daß die Provinz im Allgemeinen mit der Einrichtung sehr zufrieden ist. Es wäre gut, wenn diese Einrichtung nach und nach in alle anderen Provinzen des Staats eingeführt würde. Die Regierung denkt dies zu thun und die staatliche Aufsicht nur so weit eintreten zu lassen, als sie unbedingt notwendig ist. — Aus der Kreisvertretung sollen Ausschüsse gebildet werden, welche dasselbe Recht und dasselbe zu leisten haben, wie die Provinzial-Ausschüsse. Dann kommt es darauf an, im Wege der Gesetzgebung Dasjenige auszuscheiden, was nach und nach auf die Organe abgeburdet werden kann. Wir können aber an die Organisation nicht früher fest herangehen, als bis wir die Basis festgestellt haben. Sollte die Kreis-Ordnung die Zustimmung des Hauses erhalten, so wird unmittelbar darauf eine Provinzial-Ordnung vorgelegt werden, demnächst die ländliche Gemeinde-Ordnung und darauf hin wird das Gebäude aufgebaut werden können. Lassen Sie uns erst feste Grundmauern errichten, worauf wir mehrere Etagen aufbauen können; ich denke, wir gehen damit einen sichereren Weg, als mit dem wüsten Gespinnst. (Beifall rechts.)

Abg. v. Beesten protestirt gegen die Abänderung der hannoverschen Aemterverfassung ohne Gesetz, ist jedoch wegen der Unruhe fast gar nicht verständlich, ebenso der folgende Redner Abg. v. Vinde (Olendorff).

Abg. Dr. Waldeck: Die Budget-Debatte ist der Ort zur Erörterung solcher Prinzipienfragen und wenn wir dies festhalten, so wird die Debatte gute Folgen haben. Am 11. September 1867 haben wir schon die Grundzüge ausgesprochen, von denen ausgegangen werden muß. Es muß ausgegangen werden von der Gemeinde. Die Aufforderung, welche wir an die Regierung gerichtet haben, ist fruchtlos geblieben. Aber die heutigen Erklärungen des Ministers zeigen, wie groß die Lust ist, welche das ganze Haus von der Staatsregierung trennt. Wenn die Staatsregierung sich dem Antrage Solger widersetzt, dann haben wir von ihr gar nichts zu erwarten. (Sehr richtig!)

Wo ist hier von einem Plane die Rede? Ist das, was der Herr Minister vorgetragen hat, ein Plan? Beruht die Kreisordnung auf solchen Prinzipien, wie jetzt unsere Kreis- und Provinzialstände, dann sage ich, die ganze Kreisordnung ist keine neue, kann keine neue sein. Der Herr Minister will seinen Bau mit dem Dache anfangen und das Fundament, die Gemeindeordnung, erst im nächsten Jahre vorlegen. Wir dürfen uns nicht das Armutzeugnis ausstellen lassen, daß wir weit hinter Oesterreich stehen. (Sehr richtig!) In Oesterreich, einem Staate von so verschiedenen Nationalitäten, hat die Gemeindeordnung sich gemacht. Wenn wir etwas schaffen wollen, was Anspruch auf Dauer haben soll, dann müssen wir von richtigen Grundfäßen ausgehen. Man muß den Wahn des Regierens ablegen. Der Solger'sche Antrag ist das allein Richtige, und ich wünsche, daß die Staatsregierung es vermöchte, sich auf den Standpunkt zu stellen, den dieser richtig aufgefaßte Antrag einnimmt. (Beifall.)

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Nicht die besoldeten Bureautraten, sondern die Verwaltung durch unbesoldete Ehrenämter ist die wahre Selbstverwaltung. Mit den besoldeten Bureautraten kann man wohl eine Dezentralisation einführen, niemals aber eine Selbstverwaltung. Wollen wir eine Selbstverwaltung, so müssen wir den Formalismus beseitigen, den Instanzenzug abschaffen und die betreffenden Aemter in unbesoldete Ehrenämter verwandeln. Oesterreich sollte gerade ein abschreckendes Beispiel für uns sein, wofür man kommt, wenn man den Staat in einzelne Territorien theilt und die Idee des Staats in einzelne Scherben zertrümmert. Ein solches System ist gut, wenn man dem unbedingten Pietismus huldigt, nicht aber für uns, wo auf der einen Seite der Staatsregierung der Landtag, auf der andern aber der König steht. Der Redner schildert hierauf die Zustände in Nassau und wiederholt seine Bitte vom vorigen Jahre, die Doppelgliederung in Nassau zu beseitigen und das Institut der Aemter aufzuheben. Die Meinung, daß die Provinz Nassau schlechter behandelt werde, als die übrigen Provinzen, halte ich für kindisch. Wir leiden, worunter wir Alle leiden, und erst, wenn die allgemeinen Klagen beseitigt sind, wird sich der alte Spruch bewahrheiten: Eine Freiheit macht uns Alle frei. Der Redner bringt schließlich die Stellung der Bürgermeister in Nassau

zur Sprache, die jeden Augenblick absehbar seien, und wünscht Gleichstellung derselben mit den Bürgermeistern der übrigen Provinzen, und kündigt event. einen dahin gehenden Antrag an.

Der Minister des Innern Graf zu Eulenburg erwidert, daß er die Frage, ob es zweckmäßiger sei, Bürgermeister auf Lebenszeit, als auf Zeit anzustellen, vielfach geprüft, aber noch zu keinem festen Beschlusse darüber habe gelangen können. Werde der Abg. Braun einen Antrag einbringen, so wäre derselbe einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen. — Das Verfahren des Provinziallandtages in Hannover beweise, daß die Selbstverwaltung auch darin bestehen könne, daß sie besoldete Beamte an die Spitze stelle.

Abg. Dunker: Das neue hannoversche Regulativ stellt ganz neue Grundfäße der Selbstverwaltung auf. Solche wichtige Prinzipien sind doch nicht zu vereinbaren zwischen dem Minister des Innern und dem Provinziallandtage, sondern sie müssen auf dem Wege der Gesetzgebung festgestellt werden. Eines Theiles unseres Budgetrechtes haben wir uns schon entäußern müssen zu Gunsten des Reichstages und des Zollparlaments und wenn die Selbstverwaltung so eingeführt wird wie in Hannover, so wird uns noch ein Theil unseres Budgetrechtes genommen. Ich muß davor warnen, daß unter dem Rufe der Selbstverwaltung uns von unsern Kompetenzen immer mehrere abgetragen werden, ehe wir wissen, welchen Körperschaften diese Kompetenzen übertragen werden. Ich verlange von dem Minister des Innern keine ideale Selbstverwaltung, aber ich verlange von ihm, daß er die notwendigen Organe der Selbstverwaltung kennt und wo er sie findet, sie auch schützt. Wenn das Prinzip der Bestätigungsversagung beibehalten wird, so sehe ich darin einen Angriff auf die Selbstverwaltung. Ebenso bitte ich den Herrn Minister des Innern, seine Behörden anzuweisen, die Vereinsgesetze in liberaler Weise zu handhaben. In Berlin geschieht dies, und dennoch kommen Ueberschreitungen vor, daß Leute wegen geringfügiger Umstände mißhandelt werden. (Doh! rechts.) Diese Dinge geben zu ersten Erwägungen Veranlassung, denn ich habe hier einen Bericht aus Essen, wo es sogar zu einem Blutvergießen zwischen dem Volke und der Polizei gekommen ist, wegen einer vollständig ungesegneten Handhabung des Vereinsgesetzes seitens der letzteren. Wozu soll das führen? Zu Gesetzesverletzung auf allen Seiten. Wo einigermaßen die Vereinsfreiheit respektirt wird, blicken Sie hin auf die Ordnung und den frischen Geist der Verhandlungen. (Lachen rechts.) Sehen Sie hin, wo das freie Wort geflattert ist, da ist eine gesunde und heilsame Nüchternheit in dem Vereinsleben in weiten Kreisen wahrzunehmen. (Sehr wahr!)

Minister des Innern Graf Eulenburg: In dem vom Vorredner angeführten Falle handelt es sich um einen Wirth, der sich gegen eine Verfügung der Polizei auflehnte, die ihm eine Versammlung in seinem Lokale nicht gestatten konnte, weil dasselbe nicht zu beaufsichtigen war. Wenn bei dieser Gelegenheit Verletzungen vorgekommen sind, so haben sich dies Diejenigen zuschreiben, die sich in offener Auflehnung gegen das Gesetz befanden. Das Vereinsgesetz wird überall nach dem Gesetze gehandhabt, auch hier in Berlin, und den Ausführungen des Vorredners muß ich bestimmt widerstreiten. Er hat kein einziges Faktum angeführt. Solche Dinge, ohne irgend welche Begründung hier vorzubringen, ist gewiß nicht Sache eines Abgeordneten, ich meine der Herr sollte dies der „Volkszeitung“ überlassen.

Abg. v. Bennigsen: Ich will nur einzelnen Bemerkungen entgegen treten, die in Bezug auf die Provinz Hannover gemacht sind. Ich nehme für uns das Recht und die Pflicht in Anspruch, die Rechte der Regierung und des Landtages zu achten auf Grund der Bestimmungen der Verfassung. Ich behaupte aber, daß wir, wie wir die Verhältnisse in Hannover geordnet haben, keinesfalls in Widerspruch mit der Verfassung stehen, am wenigsten den Rechten dieses Hauses entgegenstehen. Das letztere wäre geradezu ein wahnsinniges Unternehmen; thäten wir dies, so würden wir kein Gehör im Hause mehr finden. Die gesetzliche Grundlage für unsere Verwaltung wurde durch Königl. Verordnung während der Diktatur geschaffen und es handelte sich für den Provinzial-Landtag von Hannover nur darum, daß er dieselbe zur Ausführung brachte. Das Regulativ hätte weder der Zustimmung der Regierung noch des Landtages bedurft, nicht einmal der Regierung, wenn sie nicht wegen des Aufsichtrechtes intervenirt hätte. — Die Tagesordnung hat meiner Meinung nach ganz korrekt gehandelt, indem sie den Beschlüssen des Provinzial-Landtages die Bestätigung gab. Man hat uns vorgeworfen, daß wir feudale Staatsorganisation schaffen hätten. Ich gebe zu, daß unsere Institutionen in mancher Beziehung verbesserungsfähig sind; als es sich aber darum handelte, ob eine Provinzial-Vertretung in Hannover überhaupt noch bestehen sollte, da werden Sie zugeben, daß diese Frage für uns von außerordentlicher Bedeutung war. Wenn Sie bedenken, daß wir

mit einem konservativen Ministerium zu vereinbaren hatten, so wird es Sie nicht überraschen, wenn selbst liberale Männer ihre Zustimmung zu Dingen gaben, für welche sie niemals gestimmt haben würden, wenn sie frei gewesen wären. (Der Redner verbreitet sich namentlich speziell über die Einrichtungen in Hannover.) Die Regierung hatte damals die Absicht, so fährt er fort, den Provinzial-Landtag nicht wieder einzurichten, sondern dafür drei Kommunal-Landtage zu schaffen. Wir haben deshalb geglaubt, im Interesse des preussischen Staates zu handeln, wenn wir auf ein Kompromiß eingingen. Wir hatten in Hannover überhaupt eine feste Grundlage, auf welcher die Provinzial-Ordnung aufgebaut werden konnte. Es ist dann die Schaffung eines besoldeten Beamtenthums für die provinzialständische Verwaltung angegriffen worden; es soll dies ein Widerspruch sein mit den Tendenzen der Selbstverwaltung. Verlangen Sie eine demokratische Verwaltung mit Ehrenämtern, so bewegen Sie sich in unlöslichen Widersprüchen; eine Verwaltung nur mit Ehrenämtern wird eine aristokratische, welche Alles in die Hände der Subalternbeamten legt. Dies scheint mir so klar, daß die Angriffe darüber mich überrascht haben. Bei Einrichtung einer so großen Verwaltung müssen Sie die Verbindung der Ehrenämter mit den besoldeten Aemtern festhalten. Die Verwaltung lediglich durch Ehrenämter führen, hieße sie entweder in die Hände der Staatsregierung zurückzuführen oder sie schlecht machen. Die nationale Partei in Hannover würde ihre ganze Vergangenheit verleugnen, wenn sie es sich nicht zur Aufgabe machte, die Provinz so schnell wie möglich zu einigen und, wenn ihnen das manches nicht gefallen sollte, so nehmen Sie doch bona fide an, daß wir nicht die Interessen der Provinz vertreten, sondern daß wir die Interessen eines großen Theiles von Preußen vertreten. (Bravo!)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt und nach einigen, unter großer Unruhe gesprochenen Worten des Abg. Reichensperger die Sitzung vertagt.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt der Abg. Dunker: Die letzte auf mich bezügliche Aeußerung des Herrn Ministers des Innern paßt zur parlamentarischen Sitte eben so, als wenn ich gesagt hätte, der Herr Minister hat seine Studien über Gesetzes-Auslegungen nicht in Preußen, sondern in Japan gemacht. (Beifall.)

Schluß nach 3½ Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr.  
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

## Deutschland.

0 Berlin, 3. Dezember.

Der Ministerpräsident Graf Bismarck ist gestern Nachmittag 4 Uhr mit seiner Familie hierher zurückgekehrt, nachdem er die Nacht vorher in Stettin zugebracht hatte. Die Verzögerung der Rückkehr um einen Tag hat allen Anzeichen nach darin ihren Grund gehabt, daß zum Dienstag Empfangsfeierlichkeiten vorbereitet waren, die der Ministerpräsident nicht wünschte. Aus diesem Grunde wurde auch im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten über die Stunde der Rückkehr des Grafen bestimmte Nachrichten nicht gegeben. Bekanntlich liebt es der Ministerpräsident nicht, sich zum Gegenstand von äußern Ovationen machen zu lassen. Inzwischen sind demselben doch von vielen Seiten Zeichen der Freude und Sympathie über seine Rückkehr zugegangen, wie denn überhaupt im ganzen Lande die Bedeutung seiner Wiederherstellung mit Freuden anerkannt wird. Und daß Graf Bismarck in der That vollständig wieder hergestellt ist, beweist seine äußere Erscheinung und sein ganzes Auftreten, so daß er mit neuer Arbeitskraft und neuer Arbeitslust in alle Theile seiner vielverzweigten Thätigkeit wieder eintreten wird. Heute früh ist Graf Bismarck vom Könige empfangen worden und hat dann den übrigen Theil des Tages mit Abstattung von Besuchen zugebracht. — Im Vorgrund der politischen Tagesgeschichte steht noch die Epizode, die sich in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 1. Dezember bei der Beratung des Justiz-Etats ereignet hat. Vermuthlich wird man sich überhaupt noch lange Zeit in Konjekturen über die angelegliche Behandlung der Haltung des Justizministers Dr. Leonhardt ergehen. Unter diesen Konjekturen mag vor Allen eine hervorgehoben werden, die dahin geht, daß Dr. Leonhardt in Folge seiner auf liberaler Seite sehr beifällig aufgenommenen Rede über die Hypothekengesetzgebung innerhalb des Ministeriums oder in konservativen Kreisen um eine vorsichtiger Haltung angegangen worden wäre. Es liegt auf der Hand, daß sowohl der Geist der betreffenden Rede des Justizministers als die Motivirung derselben in Uebereinstimmung mit den Ansichten des Gesamtministeriums steht und auch die „Prov.-Corresp.“ hat dies unter Hinweis auf die Thronrede konstatiert. Es kann aber auch noch besonders versichert werden, daß das Auftreten des Justizministers und die Rede desselben bei der Hypotheken-Vorlage, sowie die Erfolge dieses Auftretens innerhalb des Gesamtministeriums mit Zu-



stimmung und Genugthuung aufgenommen worden sind. Den eigentlichen Anlaß zu dem Auftreten des Justizministers hat außer dem Verlauf der Budget-Debatte und speziell der Verweigerung der Summe für die Errichtung einer neuen Ober-Staatsanwalts-Stelle bei dem Obergericht jedenfalls der Umstand gegeben, daß gewisse liberale Organe seine politische Stellung seit längerer Zeit in ein falsches Licht zu stellen gesucht haben. Was übrigens den Verlauf der Debatte betrifft, so darf konstatiert werden, daß außer den konservativen auch liberale Blätter die persönlichen Angriffe des Abg. Twesten gegen den Minister nicht billigen. In dieser Beziehung muß noch hervorgehoben werden, daß die Ansichten Twestens über das frühere Verhalten des Justizministers zuerst in demokratisch-welfischen Organen aufgetaucht sind und daß ein solches hannoversches Blatt in den letzten Tagen selbst angeblich bestimmte Data und angeblich wörtliche Aeußerungen des Dr. Leonhardt angeführt hat. Wir hören, daß an diesen Angaben der Welfen-Blätter, so bestimmt sie auch auftreten, kein wahres Wort ist. In einigen Blättern ist die Nachricht enthalten, daß die Regierung die Absicht kundgegeben habe, das Abgeordnetenhaus aufzulösen, wenn ebenso wie in der Kommission im Plenum kein Beschluß über die Beschlagnahme des Vermögens des Erbprinzen und Erbinigin Georg zu Stande käme. Zu einer solchen Aeußerung liegt überhaupt keine Veranlassung vor; die Regierung hegt keinen Zweifel, daß ein Beschluß für die Beschlagnahme im Plenum des Hauses zu Stande kommen wird. Wenn dies in der Kommission nicht der Fall gewesen ist, so hat das weniger an der prinzipiellen Abgeneigtheit, als in der Vielfältigkeit der gefestigten Amendements, die sich alle sehr nahe standen, gelegen. Von einigen Seiten wird darauf hingewiesen, daß am Dienstag, am Tage, wo die erregte Sitzung im Abgeordnetenhaus stattfand, mehr konservative Abgeordnete beim Minister des Innern, Grafen Eulenburg zum Diner gewesen seien. Diese Notiz hat im Grunde wenig politische Bedeutung, ebensovienig wie die Gesellschaft, die beim Minister dinst, eine politische gewesen ist. Es muß indessen auffallen, daß diese Blätter nur die Einladung konservativer Abgeordneten melden, dagegen aber unerwähnt lassen, daß der Minister des Innern allwöchentlich kleinere Diners giebt, zu denen Abgeordnete aller Fraktionen, die überhaupt mit der Regierung in Verbindung stehen, eingeladen werden. Ebenso wie der Abg. Biedt u. s. w. haben sich auch die Abgeordneten v. Unruh, v. Bennigsen u. s. w. unter den Gästen des Ministers befunden. In dem preussischen Staatshaushalt für 1867 war für die Militärverwaltung die Summe von 41,442,094 Thlr. ausgewest. Durch die §§. 60 u. 62 der Verfassung des norddeutschen Bundes hat Preußen aber vom 1. Juli 1867 zu den Kosten der Militärverwaltung einen Betrag von 225 Thlr. für Einen vom Hundert der Bevölkerung zu zahlen. Die Bevölkerung Preußens stellte sich aber auf 23,978,833 Köpfe und es betrug mithin der Beitrag Preußens für das zweite Semester 1867 26,953,650 Thlr. Nach dem Staatshaushalts-Etat standen Preußen für diesen Zeitraum aber nur 20,721,047 Thlr. zur Verfügung. Eine Ueberschreitung des Etats war mithin unvermeidlich, sie verringerte sich jedoch erheblich durch Ueberschneidung der Ausgaben, welche Preußen durch die Bildung von drei neuen Armeekorps gehabt hatte, so daß die Ueberschreitung sich auf 1,453,078 Thlr. reduzierte, für welche die Genehmigung des Landtags nachgesucht wird.

**Berlin, 3. Dezember.** Se. Majestät der König empfingen heute Vormittags den Bundeskanzler und Ministerpräsidenten Grafen von Bismarck-Schönhausen. Ihre Majestät die Königin ist gestern Abend hier eingetroffen und wurde am Bahnhof von Sr. Majestät dem Könige empfangen und zum Palais begleitet. Ihre Majestät empfing heute den Besuch der Königin von Spanien.

— Prinz Neuf, obgleich persona grata bei Napoleon, soll in Petersburg bleiben, weil er auch dort sich der Gunst des Kaisers erfreut. Möglich wäre es also, daß Herr v. Werther von Wien nach Paris verlegt würde und Herr v. Magnus, welcher bei dem Kaiser Franz Josef wegen der Beziehungen zu dem früheren Kaiser Maximilian beliebt ist, nach Wien als Gesandter käme. Herr v. Schöler kommt von Rom nach Mexiko und Herr v. Camis wird in Madrid fern bleiben. Des letzteren Reise nach der spanischen Hauptstadt brachten französische Blätter mit dem Projekt in Verbindung, den Erbprinzen von Hohenzollern-Sigmaringen zum Könige von Spanien zu machen. Der Prinz ist ein Schwager des Königs von Portugal und, wie bekannt, katholisch.

— Die Redaktion der „Iheboer Nachrichten“ hat sämtlichen Herausgebern von Zeitungen in Schleswig und Holstein ein Gesuch an den Landtag zur gemeinsamen Unterschrift unterbreitet, um die Aufhebung der Zeitungstempelsteuer und Kautionsverpflichtung der Herausgeber zu erbitten. Die dänischen Zeitungen in Schleswig erklären, sich an diesem Schritt nicht beteiligen zu wollen, weil sie — obgleich sonst auch ihnen eine mildere Behandlung wünschenswerth wäre — überhaupt aus Prinzip keine andere Gemeinschaft mit den Holsteinern zu haben wünschen, als die ihnen bereits durch die gegenwärtigen Umstände gegen ihren Willen auferlegt ist.

— Die Weihnachtstagen des Abgeordnetenhauses werden am 19. Dezember beginnen und mit dem 12. Januar zu Ende sein.

**Ausland.**

**Wesib, 2. Dezember.** Sitzung der österreichischen Delegation. Das Budget des Kriegsministeriums wurde größtentheils nach den Anträgen des Budget-Ausschusses genehmigt. Fürst Czartoryski sprach Namens der polnischen Mitglieder für Bewilligung der Regierungsvorlagen und betonte dabei die Nothwendigkeit der Schlagfertigkeit des Heeres bei etwaigen Verwickelungen in Europa.

**Wesib, 3. Dezember.** Die Delegation des Reichsraths genehmigte in heutiger Sitzung das Extraordinarium für die Landarmee mit unerheblichen Streichungen, nachdem der Kriegsminister die Nothwendigkeit der Grenzbesetzungen in Galizien hervorgehoben hatte.

**Gravenhaag, 3. Dezember.** Die zweite Kammer hat sich mit 53 gegen 8 Stimmen für die Beibehaltung der Todesstrafe entschieden. — Aus Batavia wird gemeldet, daß die Expedition gegen Bali (Klein Java) beendet ist.

**Paris, 3. Dezember.** Auf dem Kirchhof Montmartre hatte sich seit früher Morgenstunde eine zahlreiche Menschenmenge eingefunden, welche vorwiegend aus Neugierigen bestand und eine durchaus passive Haltung beobachtete. Gegen 11 Uhr hatte sich die Menge derart vermehrt, daß die Polizei zur Räumung des Kirchhofes schritt. Die Anwesenden gaben der ersten Aufforderung ohne Weiteres Folge bis auf drei Individuen, welche verhaftet wurden. Nach der Räumung des Kirchhofes blieben noch einige hundert Personen, augenscheinlich aus Neugier, vor demselben zurück. Als gegen 3 Uhr Nachmittags das Promeniren vor dem Kirchhof einen demonstrativen Charakter annahm, zerstreute die Polizei die versammelte Menge, ohne erheblichen Widerstand zu finden und nahm einige Verhaftungen vor. Im Innern der Stadt, wo die Ruhe nirgends gestört wurde, erfuhr man erst spät von diesen Vorfällen.

**Rom, 26. November.** Man weiß, wie die Römer vom siebenten Jahrhundert der Stadt an den fremden Marmor nicht allein wie die Griechen zum Schmuck der öffentlichen Gebäude und zu Skulpturen, sondern auch zur Verzierung der inneren Räume der Wohnungen und für das gewöhnliche Leben verwendeten. Ihre Prachtliebe trieb bald mit farbigem Marmor eine solche Verschwendung, daß die einst seltensten Steine durch den allgemeinen Gebrauch gleichgültig wurden. Von diesen Steinarten des Auslands hatten manche, nachdem die Kunde von ihren ursprünglichen Gruben durch die Verwilderung jener Gegenden verloren gegangen, bisher nur noch in den Ruinen Roms ihr Vaterland. Die Entdeckung des Emporiums hält uns nun für jenen Verlust reichlich schadlos. In letzter Woche kamen an dem neuen Fundort gegen zwanzig große Massen des schönsten afrikanischen, pentelischen, miltessischen und parischen Marmors zu Tage. Fr. Visconti aber versichert uns, daß die Hunderte der bisher ausgegrabenen Blöcke nur ein kleiner Anfang des ganzen noch vom Rajen bedeckten Lagers sind. Nach einer niedrigen Schätzung wird der Werth des bisher gefundenen auf eine Mill. Fr. angeschlagen.

**London, 3. Dezember.** Der „Globe“ (Organ der Konservativen) meldet, daß die Königin die Resignation Disraelis angenommen hat.

**Madrid, 3. Dezember.** Espartero wird von vielen Seiten dringend aufgefordert, einstweilen die Diktatur zu übernehmen.

**Lissabon, 1. Dezember.** Heute hat hier eine große Demonstration gegen die Union mit Spanien stattgefunden.

**Belgrad, 3. Dezember.** Die Landstrauer für den Fürsten Michael fand heute durch ein feierliches Requiem, welchem sämtliche Vertreter der fremden Mächte bewohnten, ihren Abschluß.

**Athen, 1. Dezember.** Zum Präsidenten der Kammer ist Droffus, der ministerielle Kandidat, gewählt worden.

**Pommern.**

**Stettin, 4. Dezember.** Ein dem Namen nach bisher unbekannter hiesiger Arbeiter sprang in der Absicht, sich zu ertränken, heute Vormittag vom Zuge der Baumbrücke aus in die Odr. Derselbe wurde zwar kurz nachher durch einen Steuermann, welcher sich mit einem Boote in der Nähe befand, aus dem Wasser gezogen und nach der Rettungstation bei der Baumbrücke gebracht, indessen blieben die dort angestellten Wiederbelebungsversuche erfolglos. Die Leiche ist demnächst ins Krankenhaus geschafft worden.

— Im vorigen Jahre sind in unserer Provinz 32, resp. 28 Kandidaten der evangelischen Theologie mit dem Wahlsfähigkeitszeugniß versehen, resp. ordiniert worden.

— Die vom Staate übernommenen Zinsgarantien haben im Jahre 1867 betragen: für die hinterpommersche Eisenbahn 334,229 Thlr., für die vorpommersche Eisenbahn 405,803 Thlr.

— Bei den Kavallerie-Regimentern sollen Beurlaubungen zur Disposition der Truppentheile vor beendet dreijähriger Dienstzeit nicht mehr stattfinden.

— Es ist die amtliche Erklärung für nothwendig erachtet worden, daß die durch das Bundesgesetz vom 8. Juli d. J. eingeführte Gewerbefreiheit sich nicht auf die Hausirergewerbe erstreckt, sondern zu diesen nach wie vor ein Gewerbeschein der Bezirksregierung nothwendig ist, sofern das Hausirergewerbe nicht zum Betriebe innerhalb des zweimeiligen Umkreises des Wohnortes, auf Grund eines freispolizeilichen Erlaubnißscheines, gestattet worden ist. Aber auch für die sogenannten stehenden Gewerbe dürfe der Ausdruck „Gewerbefreiheit“ nicht

etwa so verstanden werden, daß ein bisher gewerbesteuerpflichtiges Gewerbe nunmehr steuerfrei betrieben und ohne jede Anmeldung bei der Ortsbehörde angefangen werden könne, sondern es sei jeder Gewerbebetrieb vor dem Beginne bei der Ortsbehörde anzumelden. Tuch- und sonstige Schnittwaaren, sowie Kaffeebohnen, Zucker, Zimmt, Gewürze, Tabak und Cigarren u. s. w. gehören übrigens zu den verbotenen Hausirartikeln.

— Nachdem die Königl. Regierung sich damit einverstanden erklärt hat, daß im Departement des hiesigen Appellationsgerichts an Orten, wo sich ein Bedürfnis dazu herausgestellt hat, vollständig besetzte Dorgerichte in Gemäßheit des § 79 folgende, Theil II Titel 7 Allgemeinen Landrechts, eingerichtet werden, hat der Herr Justiz-Minister durch Verfügung vom 27. Oktober d. J. genehmigt, daß für die so eingerichteten Dorgerichte im betreffenden Departement die revidirte Instruktion für die Dorgerichte bei den von ihnen vorzunehmenden gerichtlichen Verhandlungen vom 11. Mai 1854 Seite 206 bis 228) und mit dem angeordneten Zusatz zu § 95 der Instruktion Justiz-Ministerial-Blatt Seite 334 zur Anwendung gelangt.

— Die definitive Anstellung des Schulamts-Kandidaten Dr. Koch als ordentlichen Lehrers am Gymnasium zu Stolp ist genehmigt worden.

— Der Kaufmann Chr. D. Kister hieselbst ist zum niederländischen Konsul in Stettin ernannt und demselben das Equatur diesseits erteilt worden.

— Heute früh fand ein Arbeiter in der großen Oderstraße einen dem Handelsmann J. daseibst gehörigen Poffschein über 25 Thlr., den er nach Ermittlung des Eigentümers auch demselben überlieferte. Selbstredend hatte der Finder auf eine kleine Belohnung für seine Mühe und Ehrlichkeit gerechnet, welche ihm denn auch in der Weise zu Theil ward, daß er, als er seinen Anspruch dem J. gegenüber geltend machte, von diesem mit groben Worten aus der Thür geworfen wurde.

**Anclam, 3. Dezember.** Die hier seit einiger Zeit von Seiten der Steuerbehörde eingeführte Viehkontrolle, nach welcher für jedes zu Markte gebrachte Stück die Steuer baar erlegt werden mußte, hat sich jetzt wiederum einer milderen Behandlung Seitens des Steueramtes zu erfreuen und ist auf die frühere Praxis zurückgeführt worden. Den Bemühungen des Herrn Landrath v. Dergen bei dem General-Direktor der Steuern in Berlin hat die Bevölkerung der Stadt und Umgegend die Befreiung von dieser drückenden Maßregel zu danken.

**Franzburg, 2. Dezember.** Unsere See hat nach mehrjähriger Schonung diesmal zeitig sein Opfer verlangt. Gestern Abend beim Heimwege nach Nichtenberg über die Eisdicke gerieth der Bäckerlehrling Almburg von hier in eine offene Stelle; den auf sein Rufen herbeigeeilten Helfern gelang es mit eigener Gefahr, ihn wieder auf das Eis zu bringen, aber die Eiswand brach und der Unglückliche verschwand darunter, um erst heute wieder hervorgeholt zu werden.

**Kallies, 1. Dezember.** (D.-Z.) Am vergangenen Sonntage, dem 29. v. M., fuhr der Gutspächter Gesellschaft von dem zum Amte Balster gehörigen, 1 1/2 Meile von hier entfernten Vorwerke Moritzburg mit einem seiner Tagelöhner, den er zum Kutscher genommen, nach unserer Stadt, erzürnte sich jedoch hier mit ihm und dieser äußerte, er wolle seinem Herrn einen solchen Schaden zufügen, daß er noch nachdem von Moritzburg gehen müßte. Als sie nach M. zurückgekommen waren, entstand in derselben Nacht um 12 Uhr in der Scheune Feuer. Diese ist mit sämtlichen Futtermitteln ein Raub der Flammen geworden, und außerdem verbrannten noch 30 Schafe und 2 fetts Schweine. Der Tagelöhner ist als mutmaßlicher Brandstifter verhaftet.

**Theater-Nachrichten.**

**Stettin. (Stadttheater.)** Daß die einst Epoche machenden Dorfgeschichten nicht mehr munden, bewies das leere Haus und die laue Aufnahme, die gestern das Birchpfeiffer'sche Schauspiel „Der Goldbauer“ fand. Daß der größte Theil der darin beschäftigten Künstler des Dialektes nicht mächtig war, trug allerdings auch dazu bei, dem Stücke des Interesses zu entkleiden. Bei alledem war nicht zu verkennen, daß die Darsteller der Hauptrollen, vor Allem Herr Fellenberg (Nuppert), Fr. Steinburg (Wron), Fr. Seggijer (Mra), Herr Weber (Toni), Frau Hochschild (Madai) und Frau Meaubert (Walli) ihren Rollen allen möglichen Fleiß zugewandt hatten. Dem Vernehmen nach stehen gegenwärtig einige interessante Novitäten in Aussicht, die hoffentlich einen stärkeren Besuch des Theaters zur Folge haben werden. Ebenso wird die Oper durch das Eintreten eines neuen, tüchtigen ersten Tenoristen neuen Aufschwung nehmen.

**Bermischtes.**

— In Philadelphia brach vor Kurzem in einer Sägemühle eine Feuersbrunst aus, die sich auf einen anstoßenden Schuppen auszuwehnen drohte, in welchem die wilden Bestien einer reisenden Menagerie untergebracht waren. Der Besitzer derselben, der sein Eigenthum retten wollte, machte sich mit seinen Wärtern schleunigst ans Werk, die Käfige mit den wilden Thieren aus dem bereits brennenden Schuppen ins Freie zu schaffen. Durch die hastige und vehemente Bewegung wurden einige der Käfige zerbrochen und nicht wenige „Söhne der Wildniß“ dadurch in unerwartete Freiheit gesetzt. Ein bengalischer Königstiger und ein

brasilianischer Jaguar waren unter den Ersten, die ihre Freiheit wieder erlangten, und mit Entsetzen und Respekt machte die versammelte Menschenmenge den majestätischen Thieren Platz. Der Tiger schlich in einen in der Nähe befindlichen Stall, wo er eingeschlossen und später wieder eingefangen wurde. Der Jaguar spazierte ruhig die 22te Straße herunter und trat in das Haus eines Dr. Gebler, in dessen Portal mehrere Damen standen. Die höfliche Bestie inkommodirte dieselben aber nicht im mindesten, sondern bahnte sich einen Weg in die Küche, wo er die Reste der Mittagsmahlzeit verzehrte und sich dann ruhig wieder einschlief. Inzwischen war auch ein Löwe entflohen und in der allgemeinen Verwirrung hatte sich ein weißer Florida-Wolf davongeschlichen, der, weil er einem Hunde täuschend ähnlich sah, von der Menge gar nicht beachtet wurde. Der Wolf schlenderte gemächlich in den Straßen umher und schloß sich einem Bürger an, dem er bis zu dessen Hause folgte. Dieser ihn für einen Hund haltend, ließ ihn mit in das Portal treten, wo er beim Schine der Gaslampe zu seinem Schrecken den wahren Charakter seines Gastes erkannte. Er verlor jedoch nicht die Geistesgegenwart, sondern öffnete die Thür seines Parterrezimmers, ließ den Wolf eintreten, und schloß hinter ihm ab. Dort verbrachte das Thier, auf weichen Brüsseler Teppichen ruhend, eine angenehme Nacht und wurde am andern Tage von seinem rechtmäßigen Eigentümer abgeholt.

**Börsen-Berichte.**

**Stettin, 4. Dezbr.** Witterung: trübe und regnig. Temperatur + 2° R. Wind NO.

An der Börse.  
Weizen wenig verändert, pr. 2125 Pfd. gelber inländ 63—66 1/2, feinst 66 1/2—67 1/2, bunter poln. 63—65 1/2, weißer 65—68 1/2, ungar. 55—58 1/2, blaupigiger gelber 58—61 1/2, 83—85 pfd. pr. Dezember 66 1/2, 1/2 Br., Frühjahr 66—65 1/2 bez. u. Obd., 65 3/4 1/2 Br.

Roggen loco und nahe Termine wenig verändert, spätere matt, per 2000 Pfd. loco 50 1/2—51 1/2, feinst 86 pfd. 52—52 1/2, 1/2 bez., pr. Dezember 50—50 1/2 Obd., 1/2 Br., Frühjahr 49 1/2, 49, 49 1/4, 49 1/2 1/2 bez., Mai-Juni 49 1/2, 1/2 Br., 49 1/2 bez.

Sommergetreide ohne Umlag.  
Rübsöl wenig verändert, loco 9 1/2, 1/2 Br., 1 Anmelbung 9 1/2 1/2 Br., pr. Dezember 9 1/2, 1/2 Br., 9 1/2 bez., Januar-Februar 9 1/2 1/2 Br., April-Mai 9 1/2 1/2 Br., 9 1/2 Br., Septbr.-Oktober 9 1/2 1/2 Br., 9 1/2 Obd.

Spiritus fest, loco ohne Faß 15 1/2, 1/2 bez., Dezbr. u. Dezember-Januar 14 1/2, 1/2 Br., 15 1/2 bez., Januar-Februar 15 1/2, 1/2 Br., 15 1/2 Obd., Februar-März 15 1/2, 1/2 bez., Frühjahr 15 1/2, 1/2 Br., 15 1/2 Obd.

Angemeldet: 200 Ctr. Rübsöl.  
Regulirungs-Preise: Weizen 66 1/2, Roggen 50, Rübsöl 9, Spiritus 15.

**Berlin, 4. Dezember.** Staats-Schuldscheine 81 1/2. Staats-Anleihe 4 1/2, 94 3/4. Bonn Pfandbriefe 84 1/2. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 130 1/2. Meckl. Eisenbahn-Aktien 73. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 194 1/2. Stargard-Bosener Eisenb.-Aktien 93. Decker. National-Anleihe 54 3/4. Oesterreichische Banknoten 85 1/2. Ruff. Noten 83 1/2. Amerikaner 60, 80 1/2. Hamburg 2 Mt. —. London 3 Mt. —. Paris 2 Mt. —. Wien 2 Mt. 84 1/2. Petersburg 3 B. 92 1/4. Cosel-Deberberger 114 1/2. Lombarden 114 1/2.

Weizen flau, pr. Dezember 50 1/2, 49 1/2, Dezember-Januar 49 1/2, 1/2, pr. April-Mai 49 1/2, 1/2. Rübsöl matt, loco 9 1/2, pr. Dezember 9 1/2, pr. April-Mai 9 1/2, 1/2. Spiritus steigend, loco 15 1/2, pr. Dezbr. 15 1/2, 1/2, Jan.-Febr. 15 1/2, 1/2, pr. April-Mai 15 1/2, 1/2. Petroleum loco 7 1/2. Hafer fest, pr. Frühj. 30 3/4.

**Stettin, den 4. December.**

Hamburg	6 Tag.	151 bz
	2 Mt.	150 3/4 bz
Amsterdam	8 Tag.	142 1/2 G
	2 Mt.	142 1/2 B
London	10 Tag.	6 24 1/8 bz
	3 Mt.	6 23 1/8 bz
Paris	10 Tag.	81 1/2 bz
	2 Mt.	81 B
Bremen	3 Mt.	—
St. Petersburg	3 Woch.	—
Wien	8 Tag.	85 1/2 bz
	2 Mt.	83 1/2 bz
Preuss. Bank	4	Lomb. 4 1/2
Sta.-Anl. 5457	4 1/2	94 3/4 B
	5	103 B
St.-Schldsch.	3 1/2	82 bz
P. Präm.-Anl.	3 1/2	119 1/2 B
Pomm. Pfäbr.	3 1/2	76 bz
	4	84 1/2 G
	4	90 3/4 B
Rentb.	4	88 B
Ritt. P.P.B.A.	4	131 B
Berl.-St. E. A.	4	—
	4 1/2	—
Starg.-P. E. A.	4 1/2	94 1/2 B
	4 1/2	92 1/2 B
St. Stadt-O.	4 1/2	—
St. Börsenhaus-O.	4	—
St. Schauspiel-O.	5	—
Pom. Chausseb.-O.	5	102 1/2 B
Greifenhag. Kreis-O.	5	—
Pr. National-V. A.	5	114 G
Pr. Sec.-Asscuranz	4	—
Pomerania	4	116 G
Union	4	107 1/2 G
St. Speicher-A.	5	—
Ver.-Speicher-A.	5	—
Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
N. St. Zuckersied.	4	—
Mesch. Zuckersabrik	4	—
Bredower	4	—
Walzmühle	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	—
St. Dampfschlepp G.	5	—
St. Dampfschiff-V.	5	—
Neue Dampfer-C.	4	—
Germania	—	100 bz
Vulkan	—	—
St. Dampfmühle	4	—
Pommerensd. Ch. F.	4	—
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünge-F.	—	—
Gemeinn. Banges.	5	—
Grabow Stadt-Obl.	5	—